

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

Nächste Nummer: HERAUSGEBER DR. FRITZ GERLICH Mittwoch, 22. Februar

NATURRECHTSVERLAG G. M. B. H. MÜNCHEN
Schriftleitung und Verlag: München 2 M, Hofstatt 5, II. Stock.
Postcheckkonto München Nr. 2426 · Telefon 93 378/93 379
Sprechstunde der Redaktion Samstag von 10 bis 12 Uhr.

Donnerstag

Einzelverkauf: 20 Pf., 40 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen
Bezugspreis monatlich RM. 1.20 zuzüglich 20 Pf. Liefergebühr
bzw. bei Zustellung durch die Post 32 Pf. Liefergebühr.
Mit Unfall- und Sterbegeldversicherung

Nummer 15

München, 19. Februar 1933

5. Jahrgang

Deutschland erwacht!

Die Reichsregierung überstimmt / Jetzt erst recht wählen!

Durch die deutsche Reichstagswählerschaft geht heute das Wort: „Die Wahl hat ja gar keinen Zweck; sie tun ja doch, was sie wollen.“ In der Presse ist nämlich die Erklärung Hitlers in der Sportpalastrede viel weniger behandelt worden, als sie im Volke beachtet wurde; nämlich die Worte: „Um Gott und dem eigenen Gewissen Genüge zu tun, haben wir uns noch einmal an das deutsche Volk gewandt. Es soll nun selbst mithelfen. Das deutsche Volk soll nun selbst entscheiden! Wenn dieses deutsche Volk uns in dieser Stunde verläßt, dann soll uns das nicht hindern, wir werden den Weg gehen, der notwendig ist, daß Deutschland nicht verkommt.“ („Völk. Beobachter“, Herausgeber Adolf Hitler, Nr. 42/43 vom 11./12. Februar 1933.) Auch in der Rede Nagenbergs ließ die Betonung vom „noch einmal wählen“ recht deutlich erkennen, daß man den Volkseinscheid nur unter bestimmten Umständen als entscheidend anzusehen bereit sein dürfte.

Wir sind nicht erst seit heute der Ansicht, daß uns der Austrag der grundsätzlichen Gegensätze nicht durch eine Reichstagsabstimmung erspart wird. Dazu sind diese Gegensätze schon viel zu sehr festgefahren und haben auch schon vielzuviel Menschen organisatorisch erfasst. Trotzdem ist die allgemeine Stimmung, diese Wahlen seien eigentlich zwecklos, grundsätzlich. Das beweist schon der Umstand, mit welchem Eifer der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Reichskanzler Adolf Hitler, sich der Wahlagitatio seiner Partei annimmt.

Wir wollen die Frage hier offen lassen, ob die kommenden Wahlen die begonnene Entwicklung wesentlich ändern können. Für eines sind sie jedenfalls entscheidend: nämlich für die Rechts-erörterung über die Maßnahmen nach den Wahlen. Es dreht sich kurz gefaßt darum, ob der Schein des Rechtes den Parteien zufällt, die heute hinter der Reichsregierung stehen, indem sie mindestens eine 51 prozentige Mehrheit im Reichstag erwerben können, oder ob das klare Menschenrecht derjenigen, die gegen sie stehen, auch den Schein des formalen Rechtes für sich gewinnt, indem die

Die Reichsratsitzung, die das Kabinett des „nationalen Zusammenschlusses“ eilig vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zusammenberufen hatte, stellt wohl die schwerste moralische Niederlage dar, die die jetzige Reichsregierung überhaupt erleben konnte. Insbesondere die Deutschnationale Partei hatte bisher stets bei ihren Vorstößen gegen die preußische Hoheitsregierung betont, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Willen der Bewohner Preußens handelt. Um so vernichtender ist, daß der badische Antrag, der mit 39 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde, auch die Stimmen von sieben preußischen Provinzen erhielt, unter denen sich auch die Stimme von Berlin und, was noch wichtiger ist, der Grenzmark Posen-Westpreußen und des ebenso an der polnischen Grenze liegenden Niederschlesiens befindet, während Oberschlesien sich der Stimme enthielt, also auch seinerseits sich nicht für die Maßnahmen des Reiches gegen Preußen betannte.

Der badische Antrag wurde, wie unsere Leser aus der Tagespresse bereits wissen, im Auftrage Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens, Hessens, Hamburgs, Bremens, Lübecks gestellt und verlangte festzustellen, daß der Reichsrat von der von der Reichsregierung vorgenommenen Bestellung der Bevollmächtigten für die preußische Hoheitsregierung Kenntnis nehme, ohne zu der Rechtsfrage Stellung zu nehmen. Da die Rechtsbefähigung der Ernennung von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes abhängig sei, beantragte der badische Gesandte namens der genannten Länder bis zu dieser Entscheidung die Beratungen und Beschlußfassungen des Reichsrates auf besonders dringende Gegenstände zu beschränken.

Auf der Seite der Reichsregierung befanden sich von nichtpreußischen Vertretern nur diejenigen Thüringens, Mecklenburg-Schwerins, Oldenburgs, Braunschweigs, Anhalts, Lippe und Neustrelitz. Das heißt die Mehrheit Preußens unter ihrem mutigen Wortführer Gammacher und alle wichtigen deutschen Länder außer Preußen standen gegen die Reichsregierung. Der bayerische Vertreter, Ministerialdirektor Sperr, hatte außerdem sofort nach Eröffnung der Sitzung eine Erklärung abgegeben, die den föderativen Charakter des Reiches auf das eindeutigste bezüglich der Reichsratszusammensetzung umschreibt.

Das Bedeutsame an dieser Abstimmung des Reichsrates ist das folgende: Auch das Land Preußen, soweit es überhaupt noch seiner politischen Meinung in den verfassungsmäßigen Instanzen des Deutschen Reiches Ausdruck geben kann, mißbilligt in seinem überwiegenden Teil die jetzigen Maßnahmen der Reichsregierung. Wenn noch irgend etwas den rein parteipolitischen Charakter der sogenannten überparteilichen Reichsregierung des „nationalen Zusammenschlusses“ zu kennzeichnen nötig war, so ist es diese Haltung des Reichsrates. Ihre großpolitische Bedeutung beruht darin, daß der dem deutschen Volke aufgezwungene Kampf damit nicht mehr ein solcher des Reichsdeutschlands gegen Preußen, das heißt ein Kampf der Länder gegeneinander, sondern klar und deutlich das ist, als was wir ihn stets angesehen haben, ein Kampf der politischen Richtungen ohne Rücksicht auf Länder und Reich.

Dr. F. G.

Gegner der zu erwartenden Maßnahmen die Reichstagsmehrheit gewinnen.

Wir disputieren ja in Deutschland schon seit langem bei der Annahme des Artikels 48 der Reichsverfassung über die Frage, was Recht ist und was nicht. Unsere Staatsrechtslehrer, die fast ausnahmslos durch die rechtspositivistische Schule gegangen sind, haben in ihrer übergroßen Mehrzahl das Menschenmögliche dazu beigetragen, die naturrechtlich völlig klare Rechtslage zu verwirren. Mit dem letzten Vorgehen gegen Preußen ist die Rechtsfrage erneut zu höchster politischer Bedeutung angewachsen. Und gerade alle diejeni-

gen, denen auch das geltende Recht ein Gegenstand der Achtung ist, sollten schon um ihres eigenen Gewissens willen alle Kraft anstrengen, auch den Schein des formalen Rechtes auf ihre Seite zu bekommen, und deshalb für die nächsten Wahlen so sehr werben, als nur irgend möglich.

Wir sind uns dabei sehr bewußt, daß eine Mehrheit, die gegen die Parteien der jetzigen Regierungskoalition gewonnen wird, noch nicht in sich geschlossen ist. Das war ja gerade das Unglück der Reichstagswahlen der letzten Zeit, daß sie keine Mehrheit brachten, die sich in der positiven Ge-

(Schluß siehe Seite 4.)